

Recht auf Vergessenwerden – Juristisches Reputationsmanagement

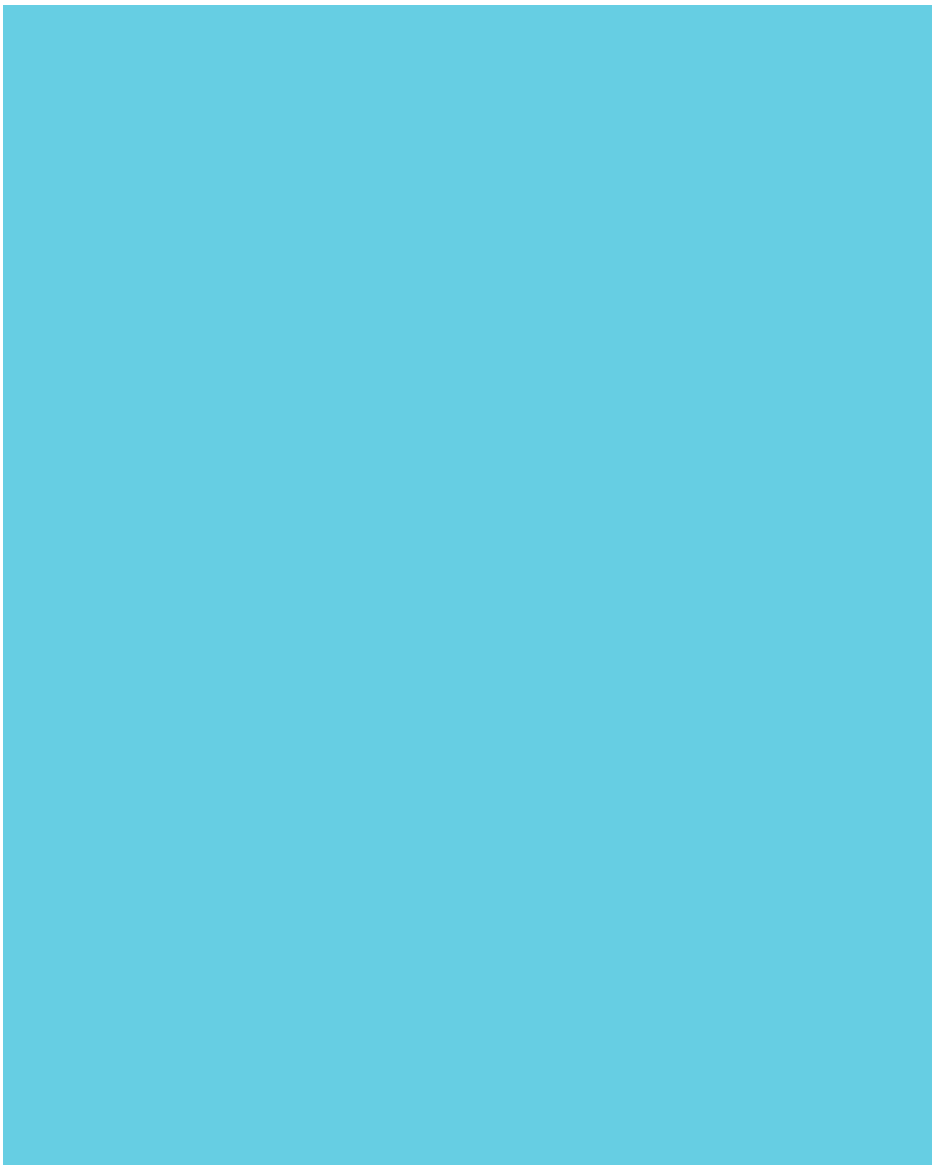
Dr. Wiebke Baars, Partnerin, Taylor Wessing Hamburg



16. Deutscher Medizinrechtstag, Berlin, 18.-19. September 2015

Content

- 01 > Das Recht auf Vergessen
(Datenschutzrecht)
- 02 > Zivilrechtl. Abwehransprüche
- 03 > Aktuelle Rechtsprechung



Suchmaschinen

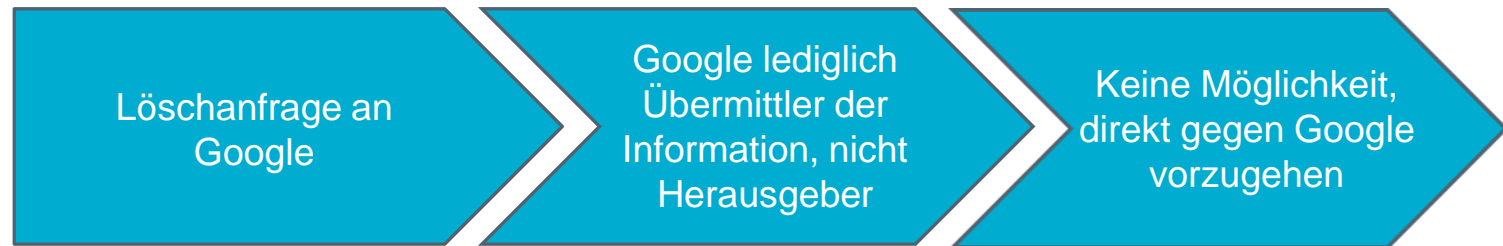
Das Recht auf Vergessenwerden

Datenschutzrecht

„Recht auf Vergessenwerden“ als datenschutzrechtlicher Anspruch gegen Suchmaschinen

- I. Rechtslage bis zum 13. Mai 2014
- II. Urteil des EuGH vom 13. Mai 2014 - C-131/12
 1. Sachverhalt
 2. Entscheidung des EuGH
- III. Datenschutzrechtliche Einzelheiten des Urteils
- IV. Gegenüberstehende Interessen
- V. Kriterien der Interessenabwägung
- VI. Auswirkungen des Urteils: Fünf Monate danach
- VII. Kritik

Rechtslage bis zum 13. Mai 2014 kein „Recht auf Vergessenwerden“



- > Gutachten des Generalanwalts besagt, dass EU-Datenschutzrichtlinie kein allgemeines „Recht auf Vergessen“ enthält
- > Suchmaschinenbetreiber seien nach der EU-Datenschutzrichtlinie nicht verantwortlich für persönliche Daten, die auf Websites auftauchen, die sie verarbeiten

Urteil des EuGH vom 13. Mai 2014 - C-131/12

1. Sachverhalt

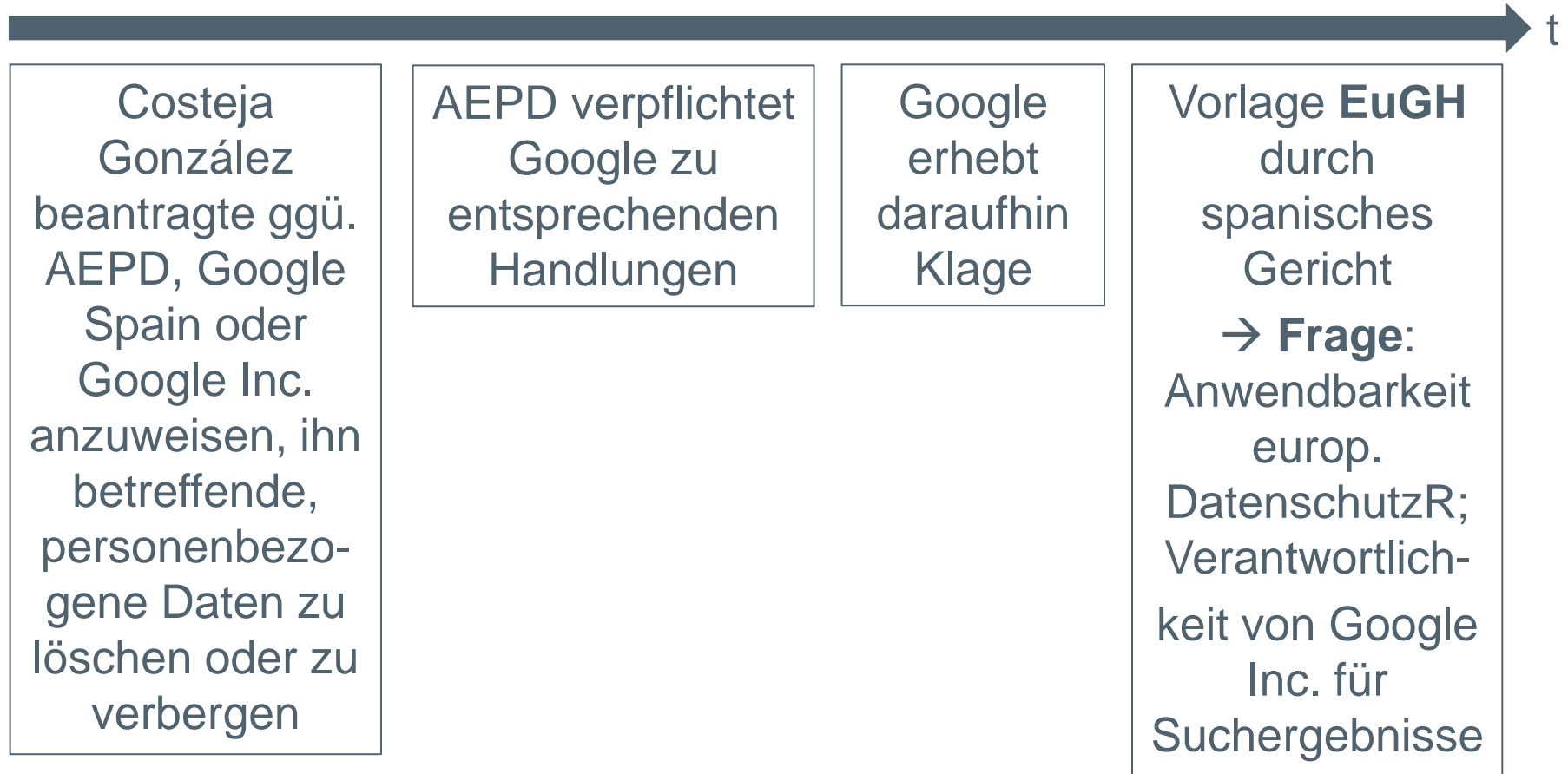
Google Spain und Google Inc. ./ Agencia Española de Protección des Datos (AEPD) und Mario Costeja González

Hintergrund:

bei Eingabe des Namens Costeja González in die Google Suchmaschine erschienen Links zur Tageszeitung „La Vanguardia“ aus dem Jahre 1998 mit der amtlichen Anzeige der Versteigerung seines Grundstücks wegen der Pfändung von Sozialversicherungsforderungen unter Nennung seines Namens.

Urteil des EuGH vom 13. Mai 2014 - C-131/12

1. Sachverhalt



Urteil des EuGH vom 13. Mai 2014 - C-131/12

2. Entscheidung des EuGH

- > EuGH nimmt Google in die Pflicht, Suchergebnisse zu löschen, wenn diese Datenverarbeitung nicht im Einklang mit der DatenschutzRili steht und so Persönlichkeitsrechte europäischer Bürger verletzt
- > Google muss die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, dass das Datum bei einer namensmäßigen Suche nicht mehr angezeigt wird und für die Zukunft den Zugang zu diesen Daten verhindern

Datenschutzrechtlicher
Anspruch

Urteil des EuGH vom 13. Mai 2014 - C-131/12

Datenschutzrechtliche Einzelheiten des Urteils

- > Suchmaschinenbetreiber → datenschutzrechtlich verantwortlich
- > Warum? → Google nimmt im Web gesammeltes Material nach eigenen Relevanzkriterien auf / gibt es bei Suchanfragen wieder = Erhebung personenbezogener Daten
- > Folge → Google braucht datenschutzrechtliche Ermächtigungsgrundlage

- > Art 7 lit f EU DatenschutzRiLi
- > § 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 und/oder § 29 BDSG

Urteil des EuGH vom 13. Mai 2014 - C-131/12

§ 28 BDSG Datenerhebung und -speicherung für eigene Geschäftszwecke

(1) Das Erheben, Speichern, Verändern oder Übermitteln personenbezogener Daten oder ihre Nutzung als Mittel für die Erfüllung eigener Geschäftszwecke ist zulässig

1.wenn es für die Begründung, Durchführung oder Beendigung eines rechtsgeschäftlichen oder rechtsgeschäftsähnlichen Schuldverhältnisses mit dem Betroffenen erforderlich ist,

2.soweit es zur Wahrung berechtigter Interessen der verantwortlichen Stelle erforderlich ist und kein Grund zu der Annahme besteht, dass das schutzwürdige Interesse des Betroffenen an dem Ausschluss der Verarbeitung oder Nutzung überwiegt

Urteil des EuGH vom 13. Mai 2014 - C-131/12

§ 29 BDSG: Geschäftsmäßige Datenerhebung und -speicherung zum Zweck der Übermittlung

(1) Das geschäftsmäßige Erheben, Speichern, Verändern oder Nutzen personenbezogener Daten zum Zweck der Übermittlung, insbesondere wenn dies der Werbung, der Tätigkeit von Auskunfteien oder dem Adresshandel dient, ist zulässig, wenn

1. kein Grund zu der Annahme besteht, dass der Betroffene ein schutzwürdiges Interesse an dem Ausschluss der Erhebung, Speicherung oder Veränderung hat,

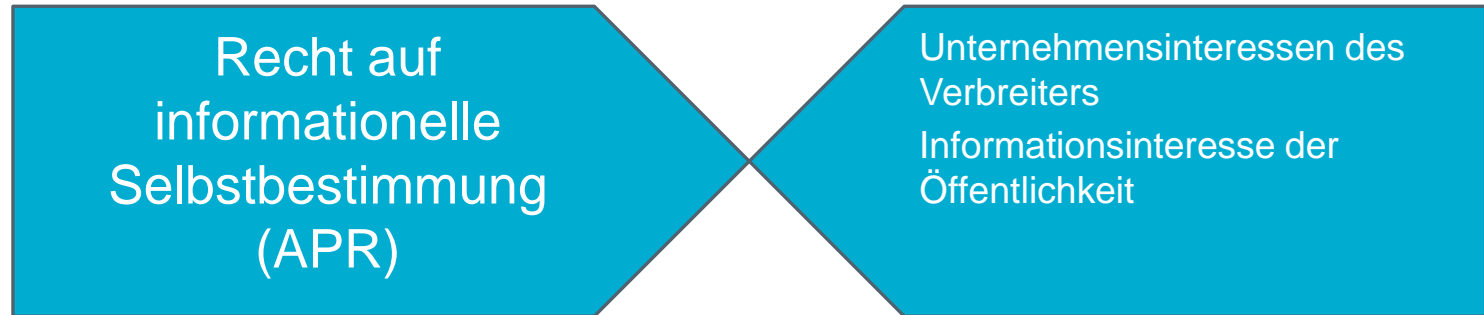
2. die Daten aus allgemein zugänglichen Quellen entnommen werden können oder die verantwortliche Stelle sie veröffentlichen dürfte, es sei denn, dass das schutzwürdige Interesse des Betroffenen an dem Ausschluss der Erhebung, Speicherung oder Veränderung offensichtlich überwiegt

Urteil des EuGH vom 13. Mai 2014 - C-131/12

Datenschutzrechtliche Einzelheiten des Urteils

- > Erlaubnistatbestand → Verarbeitung personenbezogener Daten ist zulässig, wenn der unternehmerische / wirtschaftliche Betätigungsfreiheit keine berechtigten Interessen des Betroffenen gegenüberstehen
- > Interessenabwägung notwendig (kein absoluter Schutz personenbezogener Daten)
- > Ist Erlaubnistatbestand nicht erfüllt, Lösungsanspruch gen. § 35 BDSG

Gegenüberstehende Interessen laut EuGH



Meinungsäußerungsfreiheit
berechtigter Dritter?

Kriterien für die Interessenabwägung

- Unterscheide:
 - Suchergebnis betrifft Meinung über eine Person
 - falsche oder wahre Tatsachenbehauptung
- Meinungen: Beleidigung /Schmähkritik?
- Falsche TSB idR nicht schutzwürdig -> Verleumdung, üble Nachrede

Kriterien der Interessenabwägung

- Problem: Verbreitung wahrer Tatsachenbehauptungen:
- Schutz der Privat- und Intimsphäre (Familie, Sex, Gesundheit)
- Beziehen sich Daten auf Arbeitsleben der Person (Sozialsphäre)
 - Geringerer Schutz bei Verbreitung von Informationen über regulierte Berufe
 - Öffentliches Interesse
- Beziehen sich die Daten auf eine Straftat? Einzelfallbetrachtung; Zeitraum seit Begehung, Schwere der Tat, Resozialisierungsinteresse

Bei Antrag auf Löschung eines Suchergebnisses:

- Genaue Begründung, weshalb der Eintrag das Recht auf informationelle Selbstbestimmung verletzt
- Erklärung von Hintergründen/Fakten
- Helfen Sie dem Prüfer

Wird Löschantrag abgelehnt: Beschwerde an die zuständige Datenschutzbehörde mgl.

Auswirkungen

Fünf Monate nach dem Urteil

~ 150.000	Anträge auf Löschung sind bei Google eingegangen
~ 25.000	Anträge allein aus Deutschland
~ 42 %	der Links wurden aus den Suchergebnissen entfernt

> **Stand: Oktober 2014**

(Quelle: <http://www.zeit.de/digital/datenschutz/2014-10/google-recht-auf-vergessen-experten-beirat>)

Fazit

Jubel und schwere Kritik gleichermaßen:

- > Effektiveres Vorgehen gegen unliebsame Suchergebnisse möglich
- > Entscheidung des EuGH bringt Ungleichgewicht in die Balance von Persönlichkeitsschutz / Kommunikationsfreiheit, das etablierte Linien des Äußerungsrechts zu unterlaufen droht
- > Suchmaschinenbetreiber wird zu privater Schiedsinstanz mit weitreichenden Entscheidungsbefugnissen über die Kommunikation im Netz erhoben
- > Suchmaschinenbetreiber ggf. zur inhaltlichen Beurteilung der sich gegenüberstehenden Interessen nicht in der Lage → Gefahr der unüberprüften Löschung von Einträgen

Presse/Bewertungsforen/Blogs

Schutz des Arztes gegen unwahre und / oder
herabsetzende Äußerungen

Zivilrechtliche Ansprüche

Anspruchsgrundlagen

Zivilrechtlicher Unterlassungsanspruch I

> §§ 1004 Abs. 1 S. 2 analog, 823 Abs. 1 BGB iVm. Art. 2 Abs. 1, 1 I GG

> **Voraussetzungen:**

– Eingriff in ein geschütztes Rechtsgut (alle von § 823 I BGB geschützten absoluten Rechtsgüter)

→ hier: **APR** bzw. Recht am eingerichteten, ausgeübten Gewerbebetrieb

→ Verbreitung objektiv unwahrer Tatsachenbehauptung ist grundsätzlich unzulässig

→ Verbreitung wahrer Tatsachenbehauptung ggf. unzulässig bei Eingriff in Privat- und Intimsphäre

> **Wichtig:** Täter-/Störereigenschaft des Äußernden bzw. des Suchmaschinen-/Blog-/Forenbetreibers, ggf. **notice and take down Verfahren**

Anspruchsgrundlagen

Zivilrechtlicher Unterlassungsanspruch II

- > §§ 1004 Abs. 1 S. 2 analog, 823 Abs. 2 BGB iVm 186 StGB (Üble Nachrede)

- > **Voraussetzungen:**
 - Aufstellen oder Verbreiten einer nicht erweislich wahren Tatsachenbehauptung, s.o.
 - Eignung zur Ehrverletzung:
Eignung, den Geltungsanspruch in sittlicher, persönlicher oder sozialer Hinsicht zu berühren oder ihn in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen
 - Weitere Voraussetzungen s.o.

Anspruchsgrundlagen

Zivilrechtlicher Unterlassungsanspruch III

- > §§ 1004 Abs. 1 S. 2 analog, 823 Abs. 2 BGB iVm 187 StGB
(Verleumdung)
- > **Voraussetzungen:**
 - Aufstellen oder Verbreiten einer unwahren Tatsachenbehauptung wider besseren Wissens, s.o.
 - Eignung zur Ehrverletzung:
Eignung, den Geltungsanspruch in sittlicher, persönlicher oder sozialer Hinsicht zu berühren oder ihn in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen
 - Weitere Voraussetzungen s.o.

Anspruchsgrundlagen

Zivilrechtlicher Beseitigungsanspruch (Widerruf/Richtigstellung)

> § 1004 Abs. 1 S. 2 analog i.V.m. §§ 823 ff. BGB

> **Voraussetzungen:**

- Aufstellung einer erweislich unwahren Tatsachenbehauptung liegt vor, s.o.
- Folge: rechtswidrige Persönlichkeitsverletzung liegt vor, s.o.
- Berichtigung ist zur Beseitigung der Verletzung geeignet und erforderlich
- Breitenwirkung der Medien und Schwere der Persönlichkeitsverletzung deuten auf Eignung und Erforderlichkeit hin, z.B. durch Widerruf und Richtigstellung
- Nur gegenüber dem Äußernden, nicht gegenüber Diensten

Aktuelle Rechtsprechung

Ärztbewertungsportale
Verdachtsberichterstattung

Ärztebewertungsportale / Verdachtsberichterstattung

Überblick

- I. BGH, Urteil v. 01.07.2014 – VI ZR 345/13 – Ärztebewertung I
 1. Sachverhalt
 2. Entscheidungsgründe

- II. BGH, Urteil v. 23.09.2014 – VI ZR 358/13 – Ärztebewertung II
 1. Sachverhalt
 2. Entscheidungsgründe
 3. Interessenabwägung

- III. Rechtliche Verteidigungsmöglichkeiten

- IV. Verdachtsberichterstattung

BGH, Urteil v. 01.07.2014 – VI ZR 345/13 – Ärztebewertung I

Ansprüche der betroffenen Ärzte

1. Sachverhalt:

Auf Internetportal der Beklagten erschienen anonyme Bewertungen mit der Behauptung:

- > Behandlungsakten würden in Wäschekörben gelagert
- > Unverhältnismäßig lange Wartezeiten
- > Folgetermine seien nicht zeitnah möglich
- > Schilddrüsenüberfunktion sei nicht korrekt diagnostiziert worden

BGH, Urteil v. 01.07.2014 – VI ZR 345/13 – Ärztebewertung I

Ansprüche der betroffenen Ärzte

1. Sachverhalt:

- > Mitteilung des Klägers an Portalbetreiber, Aufforderung zur Löschung
- > Löschung erfolgt, mit einer Ausnahme
- > Klage auf Unterlassung und Herausgabe der Bewerterdaten

BGH, Urteil v. 01.07.2014 – VI ZR 345/13 – Ärztebewertung I

Ansprüche der betroffenen Ärzte

2. Entscheidungsgründe BGH

- > Unterlassungsanspruch gegen Dienstanbieter, §§ 823, 1004 BGB bei unwahren Tatsachenbehauptungen, die nicht hingenommen werden müssen (BGH VI ZR 269/12), da nach Hinweis keine Löschung erfolgte
- > Dienstanbieter darf nach §§ 14 Abs. 2, 15 Abs. 5 S. 4 TMG im Falle der Strafverfolgung erforderliche Daten an Strafverfolgungsbehörden herausgeben
- > Aber: Mangels datenschutzrechtlicher Ermächtigungsgrundlage darf Dienstbetreiber keine personenbezogenen Daten ohne Einwilligung des Nutzers zwecks Auskunftsanspruch an den Betroffenen einer Persönlichkeitsrechtsverletzung herausgeben

BGH, Urteil v. 23.09.2014 – VI ZR 358/13 – Ärztebewertung II

Ansprüche der betroffenen Ärzte

1. Sachverhalt:

Arzt streitet mit Anbieterin eines Bewertungsportals über Zulässigkeit der Aufnahme in das Portal ohne dessen Willen unter Nennung von:

- > Akademischer Grad
- > Fachrichtung
- > Praxisanschrift

BGH, Urteil v. 23.09.2014 – VI ZR 358/13 – Ärztebewertung II

Ansprüche der betroffenen Ärzte

2. Entscheidungsgründe BGH

- > Kein Anspruch auf Löschung der korrekten Daten
- > Kein Unterlassungsanspruch, §§ 823 Abs. 2, 1004 BGB
- > Speicherung personenbezogener Daten nicht unzulässig gem. § 35 Abs. 2 S. 2 Nr. 1 BDSG
- > Abwägung der Interessen fällt jeweils zu Gunsten des Portalbetreibers aus

BGH, Urteil v. 23.09.2014 – VI ZR 358/13 – Ärztebewertung II

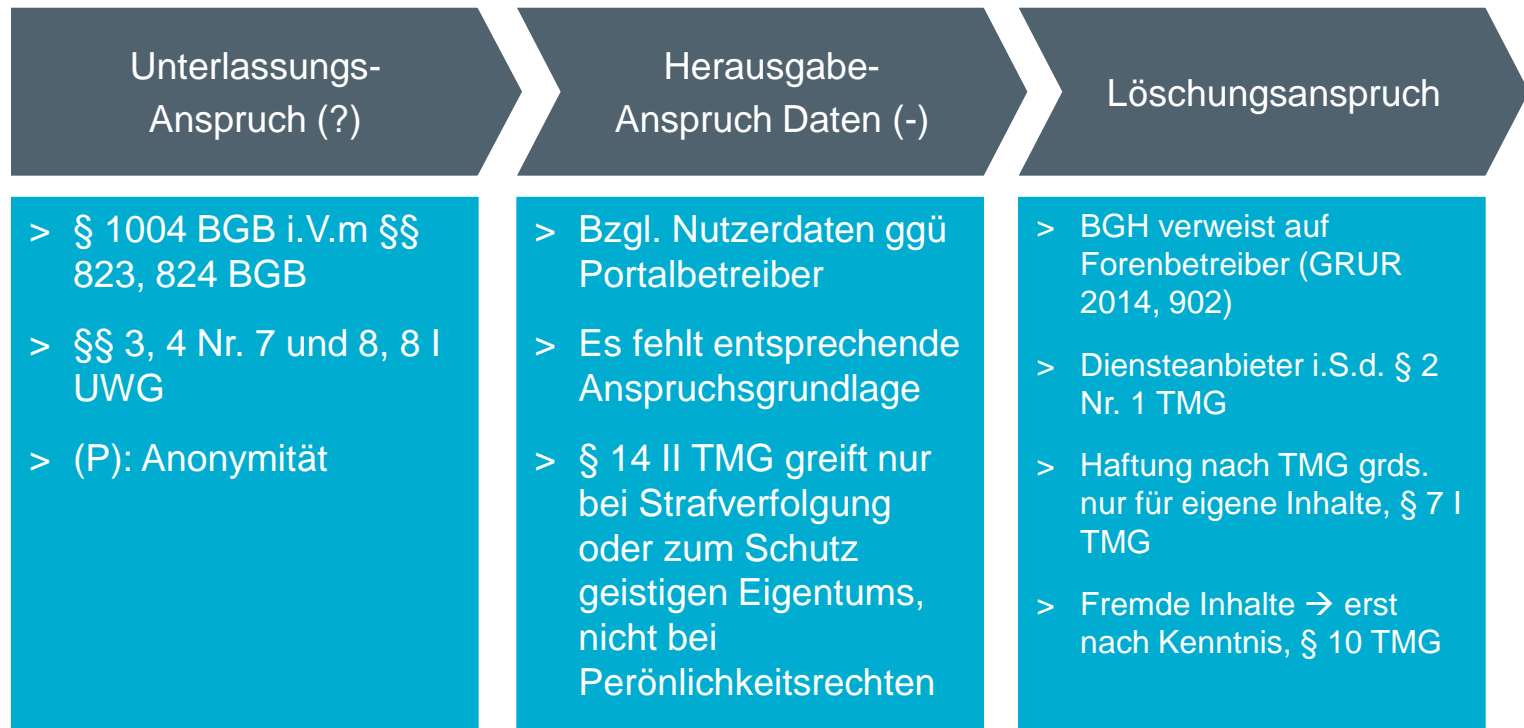
3. Interessenabwägung

- > Freie Berufsausübung, Art. 12 I GG (Existenzgefährdung)
- > Breitenwirkung
- > Missbrauchsgefahr u.a. durch Anonymität
- > Lediglich Sozialsphäre betr.
- > Beseitigungsmögl. ausreichend

- > Kommunikationsfreiheit, Art. 5 I GG
- > Kommunikationsprozess als solcher geschützt (fremde Meinung umfasst)
- > Beschränkung in Gewerbeausübung, Art. 12 I GG
- > Informationsportal erleichtert freie Ärztwahl
- > Leistungstransparenz trotz Laienbewertung
- > Keine Schutzlosstellung

Ärztebewertungsportale

Haftung des Äußernden



Verdachtsberichterstattung

OLG Karlsruhe, Urteil v. 02.02.2015 – 6 U 130/14

Hintergrund:

- > Bericht eines Zeitungsverlages über Ermittlungsverfahren gegen einen Zahnarzt aufgrund Abrechnung medizinisch nicht indizierter Behandlungen
- > Zahnarzt begehrt einstweiligen Rechtsschutz auf Unterlassung

Entscheidung:

- > Berichterstattung greift zwar in allgemeines Persönlichkeitsrecht des Klägers ein, Informationsinteresse der Öffentlichkeit überwiegt
 - Hohe Anzahl von Anzeigen von Patienten
 - Artikel stellt klar dass Ermittlungen erst am Anfang sind
 - Arzt wollte sich nicht äußern
- > Berichterstattung über mögliche Missstände = grundlegende Aufgabe der freien Presse

Ihr Ansprechpartner



Dr. Wiebke Baars, LL.M. (UCL)
Partner, Hamburg

- > **Trade Marks & Designs**
- > **Urheber- & Medienrecht**
- > **Litigation & Dispute Resolution**

Wiebke Baars ist spezialisiert auf die Beratung und Prozessführung im gewerblichen Rechtsschutz und Wettbewerbsrecht. Ihr Tätigkeitsbereich umfasst weiterhin die Betreuung von deutschen, europäischen und internationalen Markenmeldungen sowie die Durchführung von Widerspruchs- und Beschwerdeverfahren vor dem DPMA und dem HABM. Insbesondere im Markenrecht gestaltet sie seit vielen Jahren Lizenz- und Abgrenzungsvereinbarungen. Zu ihren Mandanten gehören deutsche und internationale Unternehmen aus dem Bereich der Medienwirtschaft sowie der Mode-, Spielwaren- und Lebensmittelindustrie.

Wiebke Baars studierte in Hamburg Jura und Journalistik und legte in den Jahren 1994 und 2000 ihre juristischen Staatsexamina ab. 1997 absolvierte sie das LL.M. Studium am University College London und promovierte 1999 zu einem rundfunkrechtlichen Thema.

Zu den Veröffentlichungen von Wiebke Baars gehört die Abhandlung "Kooperation und Kommunikation durch Landesmedienanstalten" (Nomos 1999). Wiebke Baars veröffentlicht regelmäßig Beiträge in Fachzeitschriften. Darüber hinaus ist sie Dozentin im Rahmen der Fachanwaltsausbildung gewerblicher Rechtsschutz zum Thema Designschutz.

Wiebke Baars ist Fachanwältin für gewerblichen Rechtsschutz. Sie wird im JUVE Handbuch und von den Legal 500 als häufig empfohlene Anwältin im Marken- und Wettbewerbsrecht genannt.

Sie ist Mitglied der Gesellschaft für Urheberrecht und Gewerblichen Rechtsschutz GRUR und der International Trademark Organisation INTA. Dort ist Wiebke Baars Co-Chair des INTA Adjunct professors' Special Interest Group.

Listed as Best Lawyer for Intellectual Property and Advertising Law in Hamburg, Best Lawyers in Germany 2014-2015

Dr. Wiebke Baars is named as „Leading names“ in unfair competition, JUVE 2012
Named as named as „Leading Individual“ for enforcement and litigation as well as prosecution and strategy , JUVE 2011

Kontaktdaten

T: +49 40 36803-145

E: w.baars@taylorwessing.com

Beijing *

Unit 2307&08, West Tower, Twin Towers, B-12 Jianguomenwai Ave, Chaoyang District
CN-Beijing 100022
T. +86 10 8587 5886
F. +86 10 8587 5885

Berlin

Ebertstraße 15
DE-10117 Berlin
T. +49 (0)30 88 56 36 0
F. +49 (0)30 88 56 36 100

Bratislava

Taylor Wessing e|n|w|c
advokáti s.r.o.
Panenská 6
SK-81103 Bratislava
T. + 421 (2) 5263 2804
F. + 421 (2) 5263 2677

Brünn *

Taylor Wessing e|n|w|c
v.o.s. – advokáti
Dominikánské náměstí 4/5
CZ-602 00 Brno
T. + 420 543 420 401
F. + 420 543 420 402

Brüssel

Trône House
4 Rue du Trône
BE-1000 Brüssel
T. +32 (0)2 289 6060
F. +32 (0)2 289 6070

Budapest

Bánki és Társai Ügyvédi Iroda
in cooperation with
Taylor Wessing e|n|w|c
Rechtsanwälte GmbH
Dorottya u. 1, III. em.
HU-1051 Budapest
T. + 36 (1) 327 04 07
F. + 36 (1) 327 04 10

Cambridge

24 Hills Road
GB-Cambridge, CB2 1JP
T. +44 (0)1223 446400
F. +44 (0)1223 446401

Dubai

26th Floor, Rolex Tower,
Sheikh Zayed Road,
P.O. Box 33675
AE-Dubai
T. +971 (0)4 309 1000
F. +971 (0)4 358 7732

Düsseldorf

Benrather Straße 15
DE-40213 Düsseldorf
T. +49 (0)211 83 87 0
F. +49 (0)211 83 87 100

Frankfurt

Senckenberganlage 20-22
DE-60325 Frankfurt a.M.
T. +49 (0)69 971 30 0
F. +49 (0)69 971 30 100

Hamburg

Hanseatic Trade Center
Am Sandtorkai 41
DE-20457 Hamburg
T. +49 (0)4 0 36 80 30
F. +49 (0)4 0 36 80 3280

Jakarta **

HPRP
Wisma 46 Kota BNI, 41st floor
Jl. Jend Sudirman Kav 1
ID-Jakarta 10220
T. +6221 5746545, 5701837
F. +6221 5746464, 5701835

Kiew

Taylor Wessing e|n|w|c
Law Firm TOV
Illinsky Business Center
vul. Illinska 8
Entrance 11, 6th floor
UA-04070 Kiew
T. +380 (44) 369 32 44
F. +380 (44) 369 32 46

Klagenfurt *

Taylor Wessing e|n|w|c
Rechtsanwälte GmbH
Alter Platz 1
AT-9020 Klagenfurt
T. +43 (0)463 51 52 27

London

5 New Street Square
GB-London EC4A 3TW
T. +44 (0)20 7300 7000
F. +44 (0)20 7300 7100

Tech City
Shoreditch Business Centre
64 Great Eastern Street
GB-London EC2A 3QR
T. +44 (0) 20 7300 7000

München

Isartorplatz 8, 80331
DE-München
T. +49 (0)89 2 10 38 0
F. +49 (0)89 2 10 38 300

New York *

41 Madison Avenue, 31st Floor
New York,
US-NY 10010
T. +1 650 617 3336

Palo Alto *

530 Lytton Avenue, 2nd Floor,
Palo Alto,
US-California, 94301
T. +1 650 617 3336

Paris

42 avenue Montaigne
FR-75008 Paris
T. +33 (0)1 72 74 03 33
F. +33 (0)1 72 74 03 34

Prag

Taylor Wessing e|n|w|c
v.o.s. – advokáti
U Prašné brány 1
CZ-110 00 Prag 1
T. +420 224 81 92 16
F. +420 224 81 92 17

Seoul **

DR & AJU International Law Group
7/11/12/13/15F, Donghoon Tower
317 Teheran-ro
Gangnam-gu
KR-Seoul
T. + 02-563-2900

Shanghai *

Unit 1509, United Plaza
No. 1468,
Nanjing West Road
CN-Shanghai 200040
T. +86 21 6247 7247
F. +86 21 6247 6248

Singapore

RHTLaw Taylor Wessing
Six Battery Road
#09-01, #10-01
SG-Singapore 049909
T. + 65 6381 6868
F. + 65 6381 6869

Wien

Taylor Wessing e|n|w|c
Rechtsanwälte GmbH
Schwarzenbergplatz 7
AT-1030 Wien
T. + 43 (0)1 716 55
F. + 43 (0)1 716 55 99

Warschau

Taylor Wessing e|n|w|c
Rechtsanwälte E. Stobiecka -
Kancelaria Prawna Sp. K.
ul. Mokotowska 1
PL-00640 Warszawa
T. +48 (22) 584 97 40
F. +48 (22) 584 97 50